



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Gemeinderat Donaueschingen

Donaueschingen, den 6. Dezember 2016

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushalts 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushaltsplanentwurf 2017 hatte bei seiner Einbringung ein ungewöhnlich hohes Volumen aufgewiesen und umfasste - durchaus zutreffend - alle vorangegangenen Einzelbeschlüsse des Gemeinderats und seiner Ausschüsse. Dennoch war vollkommen klar, dass ein derart umfangreiches Investitionsprogramm die finanziellen Möglichkeiten der Stadt Donaueschingen überfordern würde. Folgerichtig erging vom Oberbürgermeister ein Aufruf zur Sparsamkeit. Dieser war mit dem Appell verbunden, die geplanten Vorhaben dem finanziellen Rahmen anzupassen.

Eine wahrhaft redliche Vorgabe. Aber genügt allein eine finanzielle Obergrenze? Nein, das genügt nicht, denn untrennbar verbunden mit dem sinnvollen Einsatz der Ressource Geld ist die klare Benennung von kommunalen Schwerpunkten und Zielsetzungen. Mehr denn je müssen Entscheidungen politischer Gremien unter den Vorbehalt der Nachhaltigkeit (auch in finanzieller Hinsicht) getroffen werden. Hier sind alle Akteure der kommunalen Politik gefragt und darunter verstehen wir den Gemeinderat, die Verwaltung und die Bürger.

Seit dem Bericht des „Club of Rome“ „The Limits to Growth“ aus dem Jahr 1972 wird über die Grenzen des Wachstums diskutiert. Damals wurde erstmals sehr anschaulich die Endlichkeit der Rohstoffressourcen thematisiert und in die öffentliche Diskussion eingebracht. Die praktischen Auswirkungen waren und sind jedoch durchaus überschaubar. Die vergangenen 45 Jahre wurden nur begrenzt für effektive Veränderungen genutzt und der Druck ist heute grösser denn je. Kriege

werden immer offensichtlicher als Aktion zur gewaltsamen Rohstoffsicherung geführt. Vertreibung und Flucht sind die unmittelbaren Folgen. Nicht zuletzt werden für alle Menschen die Folgen fossiler Energieverschwendung und damit des Klimawandels immer deutlicher spürbar.

Auf kommunaler Ebene sind diese Zusammenhänge teilweise angekommen. Die Zustimmung kommunaler Gremien zum Windparkprojekt „Auf der Länge“ freut uns beispielsweise sehr. Umso befremdlicher und kurzsichtiger finden wir deshalb die jüngsten privaten Initiativen zur Verhinderung des Projekts. Aber auch auf kommunaler Ebene gibt es in vielen Teilbereichen immer noch Verbesserungsbedarf bei der Entscheidungsfindung. Vor dem Hintergrund der vorgenannten Zusammenhänge sollten wir eigentlich nur noch zukunftsfähige und breit abgesicherte Entscheidungen treffen. Trotzdem fällt dies im Einzelfall nicht immer leicht.

Nehmen wir beispielsweise den Stadtbus. Ein tolles Projekt, bei dem wir die verbesserte Mobilität unserer Bürger mit einer Reduktion des Individualverkehrs verbinden wollen. Unser Ziel ist, mehr Menschen statt mehr Autos in die Innenstadt zu bringen! Dazu passt jedoch überhaupt nicht, dass die Zahl der innerstädtischen Parkplätze durch den Bau eines Parkdecks für 2 Mio. € erhöht werden soll. Solche Entscheidungen sind für uns weder zukunftsträchtig noch sinnvoll. Eine grosse Zahl zusätzlicher kostenfreier Parkplätze ist schlicht und einfach kontraproduktiv für die Einführung und den Betrieb des neuen Stadtbusses. Das Ziel der innerstädtischen Verkehrsentslastung wird damit konterkariert. Von Sparsamkeit und nachhaltigem Einsatz kommunaler Haushaltsmittel kann an dieser Stelle kaum gesprochen werden!

Nehmen wir als zweites Beispiel den Flächenverbrauch. Es ist auch dieses Jahr nicht gelungen, den Schwerpunkt unserer Wohnbauentwicklung auf die bisherigen Siedlungsflächen und die Wiederbelebung von Brachflächen zu legen. Wir fördern immer noch das Bauen am Ortsrand und kaufen trotz 15 ha Konversionsgelände weitere landwirtschaftliche Flächen zur Wohnbebauung. Der Glaube an die Expansion auf der „grünen Wiese“ ist ungebrochen. Da spielen die Kosten der Erschließung und der allseits gepredigte sparsame Umgang mit der knappen Ressource Boden nur eine untergeordnete Rolle.

Ein drittes Beispiel zum Umgang mit Geld und Bürgerwillen: Nach vielfachen Bemühungen von Einwohnern und Räten aus Allmendshofen ist es gelungen, eine sinnvolle und von den Bürgern akzeptierte Brückenvariante mit 12 t Nutzlast und maximal 600.000 € Kosten zu finden. Warum dann aus der „Mitte des Gemeinderats“ ein Vorschlag mit 16 t und zuletzt 680.000 € forciert und beschlossen wurde, bleibt uns ein Rätsel.

Das Wolterdinger Gewerbegebiet „Im Längefeld“ kann als viertes Beispiel für eine ökologisch problematische und finanziell belastende Maßnahme angeführt werden. Mit sehr hohem Aufwand sollen im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Erschließungsstraße über den Hochwasserdamm zusätzliche Gewerbeflächen erschlossen werden, was allein schon unter Kosten-Nutzen-Überlegungen zu einem Abbruch des Projekts hätte führen müssen. Wir sind gespannt darauf, in welcher Höhe die Kosten dieser Maßnahme auf die Erschließungsbeiträge umgelegt werden können. Auf Basis des heutigen Informationsstandes fehlen hier die Verhältnismäßigkeit und die Angemessenheit.

Abschließend und als fünftes Beispiel möchte ich noch ein Projekt ansprechen, das wir als echten Schildbürgerstreich betrachten: Der neue „Spielplatz“ im Irmapark, der den bisherigen Park und den Bereich des Brigachufers als Einheit verbinden wird, soll nach den bisherigen Planungen weiterhin regulär von motorisierten Fahrzeugen durchfahren werden. Wir betrachten dies unter allen Aspekten als indiskutabel: Sicherheit, Aufenthaltsqualität und nicht zuletzt die Akzeptanz der Bevölkerung fehlen uns vollständig bei einem solchen Projektansatz.

Doch zurück zur Zukunft! Wir freuen uns auf die mittlerweile absehbare Übernahme des Konversionsgeländes mit Nutzungen für Wohnbau, kulturelle Einrichtungen und dem Neubau der Realschule. Die Realisierung der neuen Realschule erscheint aufgrund der zeitlichen Vorgaben des Landes zwar nicht sofort, aber in absehbarer Zeit möglich und als ganz außergewöhnlicher Kraftakt auch finanzierbar. Wir finden es dabei sehr bemerkenswert, dass die Lehrer und Eltern der Realschule im alten Gebäude sich jetzt schon an die Umsetzung des neuen pädagogischen Konzeptes machen.

Von großer Bedeutung für uns als Donau-Quellstadt ist der geplante Auepark. Der bisher eher nüchtern wirkende Ort am Zusammenfluss von Brigach und Breg soll für alle Bürger und Besucher naturnah umgestaltet werden. Voraussetzung zur Realisierung ist, dass die bisher in diesem Bereich vorhandenen Einrichtungen und Gebäude räumlich verlegt und an anderer Stelle neu gebaut werden können. Insbesondere beim Neubau des Tierheims müssen jedoch die Kosten wirksam begrenzt werden, ohne dass bei Funktion und Kapazität der neuen Einrichtung zukünftig Einschränkungen entstehen. Wir sind zuversichtlich, dass sich bei intensiver Diskussion aller Beteiligten und optimierter Planung dieses Ziel erreichen lässt.

Erfreulich ist die Entwicklung der innerstädtischen Radwege mit Fertigstellung der Güterstraße im Jahr 2016 und die Umsetzung der Planung für die Hermann-Fischer-

Allee im Jahr 2017. Insgesamt wird es beim Thema Verkehr in den kommenden Jahren deutliche Veränderungen geben. Der möglicherweise eintretenden innerstädtischen Entlastung (z.B. durch die neue Anbindung des Zubringer Allmendshofen an die zukünftig vierspurige B27) wird während der Bauphase zunächst einmal eine deutliche Mehrbelastung vieler Donaueschinger Straßen vorausgehen. Aus unserer Sicht wurde das Ausmaß dieser Problematik für Infrastruktur und Anwohner bisher nicht ausreichend beachtet.

Ein für unsere Fraktion sehr wichtiges Thema ist die gerechte Verteilung der Finanzmittel zwischen Stadt und Ortsteilen. Bei den Ortsteilen liegt uns dabei vor allem die Stabilisierung der Dorfkerne und die damit verbundene Attraktivitätssteigerung am Herzen. Unsere Anträge, die Gelder für die Dorfentwicklungsprogramme in Heidenhofen und Neudingen vorzuziehen, fanden dankenswerterweise eine Mehrheit. Freuen können wir uns darüber hinaus auch über kleinere Verbesserungen in den Ortsteilen, wie z.B. den zeitnahen (und damit vor dem Dorfjubiläum noch möglichen) Innenanstrich der alten Schule sowie die Sanierung der Umkleideräume der Turnhalle in Pföhren.

Die Bemühungen, die jährliche Investitionsrate auf eine avisierte Grenze von unter 8 - 9 Mio. Euro zu drücken, hat auch die geplante Schwimmbadsanierung in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt. Die beschlossene Verschiebung der umfassenden Sanierung entlastet zwar für die nächsten vier Jahre den Haushalt. Ob dieser Beschluss aber Bestand haben kann, wird die Entwicklung der Unterhaltskosten zeigen. Wir sind bisher optimistisch, dass mit erhöhten Unterhaltsansätzen die Generalsanierung nochmals um einige Jahre aufgeschoben werden kann. Apropos Unterhaltskosten: Jahrelang konnten wir davon ausgehen, dass nach grundlegenden Sanierungen oder nach Ersatzneubauten die Unterhaltskosten reduziert werden können. Aber bei komplexen und technisch aufwendigen Projekten gilt dies mittlerweile nur noch eingeschränkt. Der technische Fortschritt fordert seinen Preis, sei es bei der Wartung oder bei den immer kürzer werdenden Innovationszyklen. Auch das ist eine Tatsache, die mehr und mehr zur Schmälerung der Ergebnisse im Ergebnishaushalt führt und die Deckung desselben zunehmend erschwert.

Ideen zur Entlastung von Ergebnis- und Finanzhaushalt sind daher gern gesehen. Ob allerdings die allzu schwungvoll diskutierte Verlagerung von kostenträchtigen Vorhaben in public–privat-partnership (PPP) – Projekte am Ende zur Entlastung führen könnte, darf getrost bezweifelt werden. Denn alles, was aus dem Kernhaushalt ausgelagert wird, muss letztendlich dennoch vollständig von der Stadt finanziert werden. Günstiger wird es deshalb nicht, zumal im kommunalen Bereich im Gegensatz zur Privatwirtschaft ausgeklügelten Abschreibungs- und

Steueroptimierungsmodellen enge Grenzen gesetzt sind. Auch die Gründung von Zweckverbänden oder GmbHs mit kommunalen Beteiligungsstrukturen ist kein Allheilmittel. Dies zeigen nicht zuletzt die jüngsten Diskussionen und die Entwicklung der Flugplatz GmbH. Wir tun jedenfalls gut daran, die betriebswirtschaftlichen Erfolgsaussichten und Randbedingungen auch bei neu angedachten Zweckverbänden und Eigenbetrieben (z.B. im Bereich der Breitbandversorgung) sehr kritisch zu prüfen.

Die diesjährigen Haushaltsberatungen hatten insgesamt etwas von der Charakteristik einer Achterbahnfahrt. Der vorgesehene Startpunkt unserer Fahrt lag zunächst auf schwindelerregender Höhe. Eine rasante Abfahrt mit Loopings, Schrauben und engsten Kurven war absehbar. Nicht alle Mitfahrer waren sich sicher, diese Fahrt unbeschadet überstehen zu können. Wir starten jetzt aus gutem Grund „nur“ an der Zwischenstation mit verminderter Höhe. Das ist gut so und es wird deshalb keine Langeweile aufkommen. Viele kostenintensive und für die Entwicklung der Stadt notwendige Projekte sind beschlossen und finanziert. Die Investitionen der kommenden vier Jahre sind ohne Neuverschuldung realisierbar. All das sind gute Voraussetzungen, um optimistisch ins Jahr 2017 zu gehen, Allen Dank zu sagen, die kraft Amtes und Ehrenamtes die positive Entwicklung unserer Stadt unterstützen und dabei auch diejenigen nicht vergessen, die in unserer Stadt auf Schutz und Fürsorge hoffen dürfen.

Wir stimmen dem Haushalt 2017 zu.

Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, für den Austausch, das eingebrachte Wissen und die Hartnäckigkeit. Auch bei unangenehmen Fragen! Dank an die Verwaltung und an alle Mitarbeiter der Stadt für ihren Einsatz und für das große Engagement. Gut strukturierte Vorarbeit als Grundlage unserer Beratungen und die solide Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen sind Voraussetzung dafür, dass wir auf einem erfolgreichen Kurs bleiben!

Wir wünschen allen ein gesegnetes Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2017.

Michael Blaurock
für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen